

Antrag

der Abgeordneten Hans-Ulrich Klose, Dr. h. c. Gernot Erler, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ute Kumpf, Dr. Rolf Mützenich, Thomas Oppermann, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Für eine Neubelebung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die transatlantische Zusammenarbeit war und ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika von existenzieller Bedeutung.

Amerikaner und auch Kanadier haben in den Jahren nach 1945 mit einem umfassenden Mittelansatz beim Wiederaufbau des verwüsteten Kontinents geholfen. Ihre über das Kriegsende hinweg fortdauernde militärische Präsenz hat Westeuropa vor dem Zugriff der Sowjetunion gesichert. Deutschland, genauer der westliche Teil des geteilten Landes, wandelte sich in den Nachkriegsjahren vom Feind zum Partner. Die Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich mit amerikanischer Hilfe zum Erfolgsmodell eines politisch-demokratischen Neuanfangs und wirtschaftlichen Wiederaufstiegs. Festigkeit gegen Druck und Erpressung, militärische Zusammenarbeit, verlässlich abgesichert durch den NATO-Vertrag, dazu die in Europa in den 60er- und 70er-Jahren entwickelte Strategie der politischen Entspannung, die von den USA begleitet und unterstützt wurde, führten zum Ende des Kalten Krieges. Der Warschauer Pakt löste sich auf, die Sowjetunion zerfiel. Deutschland blieb – wiedervereint – Mitglied der fortbestehenden NATO, der heute auch die baltischen Staaten und mit Polen, Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien vormalige Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes angehören.

2. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind noch immer die Führungsmacht der NATO. Ihre militärische Präsenz in Europa hat sich jedoch verändert, und zwar aus zwei Gründen:

- Die USA will, dass die europäischen NATO-Länder mehr Verantwortung übernehmen für ihre eigene Sicherheit und zur Stabilisierung der europäischen Peripherie und Nachbarschaft. Es geht um Lastenteilung (burden sharing) im Sinne einer strategischen Mitverantwortung der Europäer in einer veränderten Welt.
- Die USA bleiben in Europa mit reduzierten militärischen Kräften präsent, orientieren sich aber stärker auf die Krisenregion Mittlerer Osten, auf Zentralasien und den pazifischen Raum. Die strategische Neuausrichtung der USA folgt damit der realen Entwicklung, genauer der seit Jahren zu beobachtenden Umverteilung von ökonomischer Dynamik und Macht in

Richtung Pazifik. Für die pazifische Macht USA ist diese Neuausrichtung folgerichtig. Barack Obama ist der erste Präsident, der dies offen ausgesprochen und sich selbst als pazifischen Präsidenten bezeichnet hat.

3. Die Konsequenzen dieser Entwicklung für die transatlantischen Beziehungen sind unübersehbar:
 - 3.1 Die NATO, das politische und militärische Bündnis des Westens, wird bleiben, militärisch aber an Bedeutung verlieren. Umso wichtiger ist es, die politischen und faire wirtschaftliche Beziehungen zwischen den atlantischen Partnern in besonderer Weise zu pflegen.
 - 3.1.1 Die politische Zusammenarbeit auf Regierungs- und Parlamentsebene muss beibehalten und – wie schon bisher – durch Austausch von Personen und Wissen ergänzt werden. Gesellschaftliche Organisationen (u. a. private und politische Stiftungen) leisten dabei wertvolle Dienste, die sich im bilateralen Verhältnis und darüber hinaus bewährt haben.
 - 3.1.2 Die wirtschaftliche Zusammenarbeit könnte durch Einrichtung einer transatlantischen Freihandelszone weiter ausgebaut werden. Deutschland – aus amerikanischer Sicht das „europäische Powerhaus“ – sollte dieses transatlantische Projekt mit Nachdruck fördern, vorantreiben und dabei anstreben, dass die jeweils fortschrittlichsten Regeln hinsichtlich sozialer und ökologischer Standards, der Regulierung der Finanzmärkte und der Transparenz zugrunde gelegt werden.
 - 3.2 Die europäischen Mitgliedsländer der NATO werden sich in Zukunft um die eigene (europäische) Sicherheit und die Probleme in der europäischen Nachbarschaft selbst kümmern müssen. Die USA werden (wie im Fall Libyen) helfen, aber nicht führen. Sie erwarten, dass die Europäer strategische Verantwortung übernehmen, vor allem an der südlichen und östlichen Peripherie der Europäischen Union.
 - 3.3 Die Europäer sind auf die Veränderungen im transatlantischen Verhältnis und die daraus entstehenden Herausforderungen nur unzureichend vorbereitet.
 - 3.3.1 Es fehlt eine verlässliche Organisation der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU ist von effektiver Handlungsfähigkeit weit entfernt. Dafür gibt es viele Gründe. Sie resultieren nicht zuletzt aus der mangelnden Bereitschaft nationaler Regierungen, außen- und sicherheitspolitische Verantwortung/Souveränität an Brüssel abzutreten. Gemeinsame Beschlüsse werden zudem durch abweichendes Votieren und Handeln kleiner und großer EU-Mitgliedsländer immer wieder infrage gestellt. Deutschland hat dazu beigetragen, zuletzt durch sein politisches und faktisches Verhalten im Fall Libyen. Dass muss sich ändern, wenn Europa vorankommen soll. Alle EU-Länder, auch die sogenannten Großen, sollten ihre politische Strategie danach ausrichten, dass sie handlungsfähig und stark nur dann sind, wenn sie gemeinsam entscheiden und handeln. Deutschland als wirtschaftsstärkstes Land der EU ist dabei in besonderer Weise gefordert. Auch Deutschland muss einen seinen Möglichkeiten entsprechenden Beitrag leisten, um Europa zusammenzuführen. In diesem Zusammenhang wird es für die gesellschaftspolitische Akzeptanz der europäischen Integration darauf ankommen, dass die parlamentarische Dimension der Europäischen Union nachhaltig gestärkt wird.
 - 3.3.2 Die Fortsetzung und Vollendung des europäischen Projekts ist entscheidend für uns, für Europa und für den gesamten Westen, der sich durch neue Mächte politisch und ökonomisch substantiell herausgefordert sieht.

Europa war und ist ein Wiederaufbauprojekt, ein Friedensprojekt und zugleich ein Projekt der Selbstbehauptung in einer sich rasch wandelnden Welt. „Burden sharing“ (= solidarische Lastenteilung) lautet das Leitwort künftiger transatlantischer und europäischer Zusammenarbeit. Die USA haben das europäische Projekt immer gefördert und unterstützt. Sie haben dies auch im eigenen Interesse getan; denn die USA braucht handlungs- und leistungsfähige Partner, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Lasten gemeinsam zu tragen. Darauf mit Nachdruck hinzuweisen, ist wichtig vor allem in Zeiten des Umbruchs und der Krise. Das transatlantische und europäische Projekt der Kooperation und verantwortungsvollen Freiheit ist und bleibt zentrales Anliegen deutscher Außenpolitik.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zusammen mit den europäischen Partnern einen neuen und kraftvollen Impuls für eine dringend notwendige Stärkung der transatlantischen Partnerschaft insbesondere im politischen und wirtschaftlichen Bereich zu entwickeln;
2. die jüngste Initiative der US-Administration zur Neubelebung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen positiv zu beantworten;
3. zusammen mit den europäischen Partnern und den USA neue Impulse zur Gestaltung der gesamteuropäischen Sicherheit zu entwickeln;
4. die Ausrichtung der US-Außenpolitik auf den asiatisch-pazifischen Raum auch als Chance zu nutzen, um mit einer abgestimmten europäischen Außenpolitik einen Beitrag dazu zu leisten, dass auch in dieser Region die Politik der Kooperation und des Interessenausgleichs Vorrang bekommt vor einer Politik der Konfrontation;
5. neue Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle voranzubringen, um der von dem US-Präsidenten Barack Obama als Ziel deklarierten atomwaffenfreie Welt Schritt für Schritt näher zu kommen;
6. zusammen mit den Partnern darauf hinzuwirken, dass die geplante NATO-Raketenabwehr in Kooperation mit Russland realisiert werden kann;
7. mit einer transatlantisch abgestimmten Strategie die Umbrüche in der arabischen Welt politisch zu begleiten;
8. die politische Zusammenarbeit auf Regierungs- und Parlamentsebene zu intensivieren und durch den Austausch von Personen und Wissen zu ergänzen. Da in diesem Zusammenhang insbesondere den gesellschaftlichen Organisationen – wie zum Beispiel den politischen Stiftungen – eine besondere Mittlerrolle zukommt, sollte die Bundesregierung deren Arbeit gezielt fördern und unterstützen;
9. zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen auch und gerade für die junge Generation ein Sonderprogramm Transatlantischer Jugend- und Studierendenaustausch zu initiieren;
10. die bestehenden transatlantischen Partnerschaften in den Bundesländern und Kommunen durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen, so dass z. B. im Rahmen von Kulturaustausch und Spracherwerb die Basis für gegenseitiges Verständnis stärker gefördert wird;

11. zusammen mit den europäischen Partnern die Einrichtung einer transatlantischen Freihandelszone zu prüfen und dabei anzustreben, dass die jeweils fortschrittlichsten Regeln hinsichtlich ökonomischer, sozialer und ökologischer Standards, der Regulierung der Finanzmärkte und deren Transparenz zugrunde gelegt werden.

Berlin, den 22. Mai 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion